



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Benjamin Nolte, Markus Striedl** und **Fraktion (AfD)**

Boni-Zahlungen an DB-Vorstand verhindern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund (100 Prozent Eigentümer der DB) dafür einzusetzen, dass der Vorstand der DB keine nachträglichen Boni-Zahlungen mehr erhält.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, derartige Verschwendung von Steuergeldern (von denen die bayerischen Bürger einen großen Teil mittragen) aufs Schärfste zu verurteilen.

Begründung:

Die Zahlung der Boni für das Jahr 2022 war ausgesetzt, weil die DB die Strompreisbremse als staatliche Unterstützung nutzte. Die Preisbremse lief Ende des Jahres 2023 aus. Die Boni konnten daher ab Januar 2024 gezahlt werden. Die Boni kommen zum Grundgehalt von insgesamt rund 4 Mio. Euro für die im Jahr 2022 neun Vorstandsmitglieder dazu. Laut Konzernbericht erhalten sie insgesamt rund 9 Mio. Euro.

Der Bahn-Vorstand hat die selbst gesteckten Ziele in einigen Disziplinen erfüllt. So wurde die Zielmarke im Bereich „Frauen in Führung“ und „Mitarbeitenden-Zufriedenheit“ 2022 geringfügig übertroffen.

Die damals neun Konzernvorstände sollen demnach allein dafür rund 1,6 Mio. Euro erhalten.

Auch beim Thema CO₂-Ausstoß habe die Bahn ihr Ziel um zwei Prozentpunkte übererfüllt – allein dafür erhielt etwa der Vorstandsvorsitzende Richard Lutz knapp 440.000 Euro an Bonuszahlungen.